



Datenschutz-Informationen für Beschäftigte

Informationspflicht bei Erhebung von personenbezogenen Daten bei der betroffenen Person

Inhalt

Allgemeine Informationen:.....	1
Parkraumüberwachung:	3
Ihre Rechte:.....	4

Allgemeine Informationen:

Zwecke der Verarbeitung und Datenkategorien:

Wir verarbeiten personenbezogenen Daten, die für die Begründung, Durchführung und Beendigung des Beschäftigungsverhältnisses erforderlich sind. Das sind vor allem Kontaktdaten, Daten zu Ihren Qualifikationen, Arbeitszeiten und alle Informationen, die für die Ermittlung und Abrechnung Ihres Gehalts und im Zusammenhang mit gesetzlichen Abgaben und Steuern (z.B. Sozialversicherungsbeiträge) erforderlich sind.

Hinzu kommen ggf. auch Daten aus dem Bereich der Arbeitssicherheit, dem betrieblichen Eingliederungsmanagement und Daten über arbeitsvertragliche Pflichtverletzungen, die geahndet wurden („Abmahnungen“).

Schließlich kommen auch noch Informationen über Ihre Arbeitsergebnisse sowie deren Bewertung hinzu, die z.B. für die Erstellung von Beurteilungen benötigt werden.

Sollten Sie eine von uns angebotene betriebliche Altersversorgung nutzen, werden auch in diesem Bereich Daten verarbeitet und im Rahmen der Erforderlichkeit ggf. an die Versicherer weitergegeben.

Unabhängig davon kann es immer Konstellationen geben, in denen wir personenbezogenen Daten von Ihnen verarbeiten, die hier nicht bzw. deren Zwecke hier nicht genannt sind. Wir werden in diesen Fällen dann – bezogen auf den jeweiligen Anlass – gesonderte Informationen zum Datenschutz für Sie bereithalten, soweit dies gesetzlich erforderlich ist.

Rechtsgrundlage der Verarbeitung:

Rechtsgrundlage für die Verarbeitung Ihrer Beschäftigtendaten ist primär Art. 6 Abs.1 lit. b) DSGVO. Danach ist die Verarbeitung der Daten zulässig, wenn dies zur Durchführung oder Beendigung des Beschäftigungsverhältnisses oder zur Ausübung oder Erfüllung der sich aus einem Gesetz oder einem Tarifvertrag, einer Betriebs- oder Dienstvereinbarung (Kollektivvereinbarung) ergebenden Rechte und Pflichten der Interessenvertretung der Beschäftigten erforderlich ist.

Unabhängig davon kann eine Datenverarbeitung auch auf Basis einer sog. Interessenabwägung nach Art. 6 Abs. 1 lit. f) DSGVO erfolgen. In diesen Fällen wird das Interesse im Zusammenhang mit der jeweiligen Verarbeitung gesondert mitgeteilt.

Schließlich können wir auch gesetzlich verpflichtet sein, personenbezogene Daten zu verarbeiten. Die Rechtsgrundlage kann dann neben Art. 6 Abs.1 lit. b) DSGVO auch Art. 6 Abs. 1 lit. c) DSGVO sein.

Erteilen Sie uns eine ausdrückliche Einwilligung zur Verarbeitung von personenbezogenen Daten für bestimmte Zwecke, ist die Rechtmäßigkeit dieser Verarbeitung auf Basis Ihrer Einwilligung nach Art. 6 Abs.1 lit. a) DSGVO gegeben. Eine erteilte Einwilligung kann jederzeit, mit Wirkung für die Zukunft, widerrufen werden.



Datenschutz-Informationen für Beschäftigte

Informationspflicht bei Erhebung von personenbezogenen Daten bei der betroffenen Person

Empfänger der Daten:

Wir geben Ihre personenbezogenen Daten innerhalb unseres Unternehmens ausschließlich an die Bereiche und Personen weiter, die diese Daten zur Erfüllung der vertraglichen und gesetzlichen Pflichten bzw. zur Umsetzung unseres berechtigten Interesses benötigen.

Eine Datenweitergabe an Empfänger außerhalb des Unternehmens erfolgt ansonsten nur, soweit gesetzliche Bestimmungen dies erlauben oder gebieten, die Weitergabe zur Abwicklung und somit zur Erfüllung des Beschäftigungsvertrages erforderlich ist oder uns Ihre Einwilligung vorliegt.

Empfänger Ihrer personenbezogenen Daten können daher sein

- Finanzamt
- Steuerberater:in
- Wirtschaftsprüfer:in
- IT-Dienstleister

Übermittlung in ein Drittland:

Eine Verarbeitung von Beschäftigtendaten außerhalb der europäischen Union erfolgt nicht.

Dauer der Datenspeicherung:

Grundsätzlich werden personenbezogene Daten von Beschäftigten für die Dauer des Beschäftigungsverhältnisses gespeichert. Sonderregelungen kann es in einzelnen Bereichen geben. So werden z.B. Abmahnungen in Personalakten ggf. kürzer gespeichert. Darüber hinaus unterliegen wir verschiedenen Aufbewahrungs- und Dokumentationspflichten, die sich unter anderem aus dem Handelsgesetzbuch (HGB) und der Abgabenordnung (AO) ergeben. Die dort vorgeschriebenen Fristen zur Aufbewahrung bzw. Dokumentation betragen zwei bis zehn Jahre. Schließlich richtet sich die Speicherdauer auch nach den gesetzlichen Verjährungsfristen, die z.B. nach den §§ 195 ff. des Bürgerlichen Gesetzbuches (BGB) in der Regel drei Jahre, in gewissen Fällen aber auch bis zu dreißig Jahre betragen können.

Soweit keine gesetzlichen Aufbewahrungspflichten bestehen, können personenbezogene Daten gelöscht werden, wenn deren weitere Verarbeitung für die Durchführung oder Beendigung des Beschäftigungsverhältnisses nicht mehr erforderlich sind.

Wir werden generell zum Ende eines Jahres prüfen, ob und in welchem Umfang Daten von Beschäftigten wegen eines Wegfalls der Erforderlichkeit gelöscht werden können.



Datenschutz-Informationen für Beschäftigte

Informationspflicht bei Erhebung von personenbezogenen Daten bei der betroffenen Person

Parkraumüberwachung:

Zwecke der Verarbeitung und Datenkategorien:

Die Erfassung und Verarbeitung von Daten dienen verschiedenen Zwecken. Zunächst einmal wird das Hausrecht gewahrt, indem Personen und Fahrzeuge erfasst und überwacht werden. Dies ermöglicht die Sicherstellung eines ordnungsgemäßen Ablaufs und schützt die Interessen des Eigentümers.

Des Weiteren erfolgt die Datenerfassung zur Sanktionierung von Überschreitungen der maximalen Parkdauer. Hierbei werden Daten erfasst und gespeichert, um die Einhaltung der Parkregelungen zu überprüfen und gegebenenfalls entsprechende Maßnahmen zu ergreifen.

Ein weiterer wichtiger Zweck besteht in der Beweissicherung. Durch die Erfassung und Speicherung relevanter Daten werden Beweismittel geschaffen, die im Falle von Vorfällen oder Übertretungen als Nachweis dienen können.

Diese verschiedenen Zwecke der Datenerfassung und -verarbeitung dienen ausschließlich der Erfüllung der genannten Funktionen und sind darauf ausgerichtet, die Sicherheit und den reibungslosen Ablauf des Prozesses zu gewährleisten.

Rechtsgrundlage der Verarbeitung:

Rechtsgrundlage für die Verarbeitung Ihrer Beschäftigtendaten ist primär Art. 6 Abs.1 lit. b) DSGVO. Danach ist die Verarbeitung der Daten zulässig, wenn dies zur Durchführung oder Beendigung des Beschäftigungsverhältnisses oder zur Ausübung oder Erfüllung der sich aus einem Gesetz oder einem Tarifvertrag, einer Betriebs- oder Dienstvereinbarung (Kollektivvereinbarung) ergebenden Rechte und Pflichten der Interessenvertretung der Beschäftigten erforderlich ist.

Weiterhin stützen wir die Datenverarbeitung auf Basis einer sog. Interessenabwägung nach Art. 6 Abs. 1 lit. f) DSGVO.

Empfänger der Daten:

Wir geben Ihre personenbezogenen Daten innerhalb unseres Unternehmens ausschließlich an die Bereiche und Personen weiter, die diese Daten zur Erfüllung der vertraglichen und gesetzlichen Pflichten bzw. zur Umsetzung unseres berechtigten Interesses benötigen. Eine Datenweitergabe an Empfänger außerhalb des Unternehmens erfolgt ansonsten nur, soweit gesetzliche Bestimmungen dies erlauben oder gebieten, die Weitergabe zur Abwicklung und somit zur Erfüllung des Beschäftigungsvertrages erforderlich ist oder uns Ihre Einwilligung vorliegt.

Empfänger Ihrer personenbezogenen Daten können daher sein

- Anbieter der Automatische Nummernschilderkennung
- Ggf. Strafverfolgungsbehörden

Übermittlung in ein Drittland:

Es erfolgt keine Übermittlung der Daten in Drittstaaten.

Dauer der Datenspeicherung:

Im Falle einer nicht Überschreitung der Parkdauer beträgt die Speicherdauer lediglich den Zeitraum, in dem sich das Fahrzeug auf der von der Automatische Nummernschilderkennung überwachten Parkfläche befindet. Sollte die zulässige Parkdauer überschritten werden beträgt die Speicherdauer bis zum Erreichen des verfolgten Zwecks der Beweissicherung.



Datenschutz-Informationen für Beschäftigte

Informationspflicht bei Erhebung von personenbezogenen Daten bei der betroffenen Person

Ihre Rechte:

Die betroffene Person hat das Recht, von der verantwortlichen Stelle eine Bestätigung darüber zu verlangen, ob sie betreffende personenbezogene Daten verarbeitet werden; ist dies der Fall, so hat sie ein **Recht auf Auskunft** über diese personenbezogenen Daten und auf die in Art. 15 DSGVO im einzelnen aufgeführten Informationen.

Die betroffene Person hat das Recht, von der verantwortlichen Stelle unverzüglich die **Berichtigung** sie betreffender unrichtiger personenbezogener Daten und ggf. die **Vervollständigung** unvollständiger personenbezogener Daten zu verlangen (Art. 16 DSGVO).

Die betroffene Person hat das Recht, von der verantwortlichen Stelle zu verlangen, dass sie betreffende personenbezogene Daten unverzüglich gelöscht werden, sofern einer der in Art. 17 DSGVO im einzelnen aufgeführten Gründe zutrifft, z.B. wenn die Daten für die verfolgten Zwecke nicht mehr benötigt werden (**Recht auf Löschung**).

Die betroffene Person hat das Recht, von der verantwortlichen Stelle die **Einschränkung der Verarbeitung** zu verlangen, wenn eine der in Art. 18 DSGVO aufgeführten Voraussetzungen gegeben ist, z.B. wenn die betroffene Person Widerspruch gegen die Verarbeitung eingelegt hat, für die Dauer der Prüfung durch die verantwortliche Stelle.

Die betroffene Person hat das Recht, Ihre Daten unter den Voraussetzungen von Art. 20 DSGVO in einem strukturierten, gängigen und maschinenlesbaren Format zu erhalten oder sie einem Dritten zu übermitteln.

Die betroffene Person hat das Recht, aus Gründen, die sich aus ihrer besonderen Situation ergeben, jederzeit gegen die Verarbeitung sie betreffender personenbezogener Daten **Widerspruch** einzulegen. Die verantwortliche Stelle verarbeitet die personenbezogenen Daten dann nicht mehr, es sei denn, er kann zwingende schutzwürdige Gründe für die Verarbeitung nachweisen, die die Interessen, Rechte und Freiheiten der betroffenen Person überwiegen, oder die Verarbeitung dient der Geltendmachung, Ausübung oder Verteidigung von Rechtsansprüchen (Art. 21 DSGVO).

Die betroffene Person hat das Recht, ihre Einwilligung jederzeit zu widerrufen (Art. 7 Abs. 3 DSGVO). Durch den Widerruf der Einwilligung wird die Rechtmäßigkeit der aufgrund der Einwilligung bis zum Widerruf erfolgten Verarbeitung nicht berührt (**Recht auf Widerruf**).

Jede betroffene Person hat unbeschadet eines anderweitigen verwaltungsrechtlichen oder gerichtlichen Rechtsbefeihls **das Recht auf Beschwerde bei einer Aufsichtsbehörde**, wenn die betroffene Person der Ansicht ist, dass die Verarbeitung der sie betreffenden personenbezogenen Daten gegen die DSGVO verstößt (Art. 77 DSGVO). Die betroffene Person kann dieses Recht bei einer Aufsichtsbehörde in dem Mitgliedstaat ihres Aufenthaltsorts, ihres Arbeitsplatzes oder des Orts des mutmaßlichen Verstoßes geltend machen.